

Stellungnahme zum Haushalt 2013

**Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
werte Kolleginnen und Kollegen,**

Europa verdient unser Vertrauen

Mit dieser Überschrift wollen wir unsere Haushaltsrede beginnen.

Am gestrigen Montag wurde der EU offiziell der diesjährige Friedensnobelpreis verliehen. Es gab viele Fragen: Weshalb? Leider gab es viel zu wenig Antworten und positives Begleiten zu dieser Auszeichnung. Wir sollten uns daran erinnern, dass Europa Hauptschlachtfeld von zwei Weltkriegen war. Seit 1945 ist es durch visionäre Politik gelungen, ein friedliches und starkes Europa zu bilden!

Leider wird dieser Erfolg ständig von merkwürdigen Ergebnissen der „eigenständigen“ EU-Bürokratie überlagert. Die Politik hätte ein breites Handlungsfeld: Zurück zur tragenden Europaidee!

Dieses Erfolgserlebnis von mehr als 2 Generationen „Frieden“ müssen wir uns bewusster machen, denn darauf gründet auch unsere wirtschaftliche Stärke und unser Wohlstand.

Europa verdient Vertrauen.

Wir sollten auch über die Finanzkrise der Nationalstaaten reden, statt den falschen Sammelbegriff „EURO-Krise“ unter die Leute zu bringen!

Europa darf nicht zum Tummelplatz von Populisten werden.

Arbeitsplätze in Deutschland sichern

Die EU hat uns in D gute Arbeitsplätze und viel Beschäftigung beschert.

Weltweit agierende Unternehmen wie SEW, John Deere, Sulzer, um nur einige zu nennen, haben in Bruchsal ihren Sitz und tragen damit wesentlich zur Stabilität von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in Bruchsal bei!

Wir danken deshalb den Unternehmern und den Arbeitnehmer(inne)n für ihren professionellen Einsatz.

In diesen Dank beziehen wir ausdrücklich die Beschäftigten der Bruchsaler NSN ein. Sie/wir haben am alten Siemens-Standort einen jahrzehntelangen Niedergang erlebt. In den 70er-Jahren noch über 7000, heute gerade noch 650 Beschäftigte. Auch diese Menschen sollen jetzt ihre Arbeitsplätze verlieren. NSN hat verkündet: „So schnell als möglich schließen“.

Wir unterstützen alle Bemühungen, die Arbeitsplätze und das Werk in Bruchsal zu erhalten. Einen Leerstand in den bisherigen Produktionsräumen können wir uns nicht leisten.

Unsere neu aufgestellte Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WfG) hat damit ein zusätzliches und großes Betätigungsfeld bekommen.

Die WfG soll durch einen städtischen Wirtschaftsförderer keine Konkurrenz erhalten. Klare Kompetenzabgrenzung ist notwendig. Der städtische WF soll sich nach unserer Meinung vornehmlich um den Bestand und das städtische Klima von Einzelhandel und Handwerksbetrieben kümmern. Hauptansprechpartnerin bleibt das Stadtoberhaupt.

Wir bitten um kurzfristigere Tätigkeitsberichte der WfG an den Gemeinderat, als das vor Jahren üblich gewesen ist.

Zurück zu NSN: Bei solch einseitigen Unternehmensentscheidungen ohne Zukunftsaussichten für die Betroffenen wie bei NSN besteht die Gefahr, dass der alte Konflikt zwischen Arbeit und Kapital wieder aufbricht. Das bringt unsere Demokratiegebäude in Gefahr. Insbesondere rechtskonservative Thesen könnten wieder interessant werden.

Politische Gefahrenabwehr durch Aufklärung auch auf kommunaler Ebene wird dringend notwendig.

Wir danken in diesem Zusammenhang den Schülern und Lehrern des JKG für die Ausstellung hier im Rathaus, mit der die Gefahren rechtsextremen Gedankenguts in vorbildlicher Weise und mit einfachen Mitteln aufbereitet wurde.

Ebenso positiv ist die Herausgabe des Buches über die jüdische Familie Oppenheimer. Die Herausgeber und Autoren Rolf Schmitt, Thomas Adam und Thomas Moos haben nicht nur die Familiengeschichte, sondern auch die dunklen Zeiten der Nazierrschaft in Bruchsal hervorragend aufgearbeitet. Sehr lesenswert!

Was für Europa, unsere Arbeitsplätze und unsere demokratische Grundordnung gilt, gilt natürlich auch für unsere Stadt Bruchsal.

Deshalb haben Sie, Frau Oberbürgermeisterin Petzold-Schick, die richtige Überschrift über Ihre Haushaltsrede gesetzt:

Das Erreichte sichern – die Zukunft wagen!

Unser Kämmerer, Herr Glaser, hat mit seinem Team die Zahlen zu diesem Haushalt bestens aufbereitet und ständig aktualisiert.

Die Arbeit unseres Kämmerers ist auch wegen seiner regelmäßigen Informationen an den GR vor Einzelentscheidungen zu loben.

Wir Gemeinderäte wissen also Bescheid und sind tatsächlich der Entscheidungsträger für diese Stadt.

„Gelegentlich wäre Selbstkritik an unseren Entscheidungen und eine kurze Auszeit, bevor wir über neuerliche Ausgaben abstimmen, hilfreicher als nachträglich Ursachen für Finanznöte bei Dritten zu suchen.“

Auch hier sollten wir mehr Zukunft wagen.

Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Überschuss von ca 4,5 Mio Euro ab. Allerdings wissen wir, dass nach Schätzungen unserer Verwaltung wir in Bruchsal einen in Jahrzehnten entstandenen Sanierungsstau von ca. 20 Mio Euro bei öffentlichen Gebäuden und von rund 50 Mio. Euro im Tiefbau abzarbeiten haben.

Es wird also überhaupt nicht einfach, das Erreichte zu sichern und die Zukunft zu wagen.

Zu den Teilhaushalten

Teilhaushalt 1 - Innere Verwaltung

Wir unterstützen unsere OB darin, dass die Verwaltungsstellen in den Stadtteilen als identifikationswirkende Einrichtungen erhalten bleiben. Nach der Teilsanierung in Obergromach folgt jetzt eine erste Rate mit 300.000 Euro für Büchenau.

Die notwendigen Sachanlagen für einen schlagkräftigen und effizienten Baubetriebshof finden unsere Zustimmung.

Teilhaushalt 2 - Sicherheit und Ordnung

Zustimmung zum Bauwerk zur Unterbringung Obdachloser.

Allerdings wollen wir die Gesamtkonzeption noch einmal in den Ausschüssen beraten.

Es besteht inzwischen ganz offensichtlich Abstimmungsbedarf wegen der Unterbringung von Asylanten. Hier heißt es, sehr klug zu überlegen und zu planen und erst danach schnell zu handeln. Die SPD-Fraktion spricht sich für eine dezentrale Unterbringung und keine Konzentration in einem Einzelgebiet aus.

Geschwindigkeitsmessenanlagen dienen der Verkehrssicherheit. Sie werden nicht aufgestellt, um Bürger/-innen zu ärgern. Wir unterstützen die Einrichtung an Unfallschwerpunkten, wie z.B. B 35 in Helmsheim und Kreuzung L 558/ K 3529 bei Büchenau.

Feuerwehr: Wir stimmen der Anschaffung von persönlichen Schutzausrüstungen zu.

Zum alten Feuerwehrhaus stellen wir heute zum wiederholten Male den **Antrag**, dass über einen neuen Standort der Brandwache Innenstadt entschieden wird, und zwar noch im Jahr 2013.

Begründung: Das Feuerwehrhaus in der Stadtmitte steht auf viel zu wertvollem Grund und Boden. Die innerstädtische Entwicklung wird durch diesen Standort behindert und drastisch eingeschränkt. Auch sind die Platzverhältnisse für die Feuerwehr sehr beengt. Noch gibt es in Stadtnähe - darauf kommt es an - unbebaute städtische Grundstücke, die auch gut erreichbar sind. Vor ihrem Einsatz müssen unsere Feuerwehrleute erst einmal zum Feuerwehrhaus kommen.

Teilhaushalt 3 - Schulträgeraufgaben

Die Hebelschule ist aufwendig nach allen Vorschriften energetisch saniert und entspricht den Brandschutzvorschriften. Einen größeren Aufenthaltsraum oder eine Mensa haben wir damit leider nicht gewonnen. Die Ganztagsgrundschule in der Kernstadt ist dort anzustreben.

2013 wird der Brandschutz in der Konrad-Adenauer-Schule aufgebessert. Der nachträgliche Brandschutz kostet sehr viel Geld. Er ist aber mit Blick auf neuere Ereignisse notwendig.

Trotzdem bleibt auch die politische Frage, ob sich hier Vorschriften so kostenträchtig weiterentwickeln dürfen, dass zum Schluss keine Gelder mehr für Sporthallen zur Verfügung stehen.

Wir können feststellen, dass alle Grundschulen mit ihren Standorten gesichert sind.

Hauptschulen und Werkrealschulen haben in Bruchsal wegen Schülermangel einen schweren Stand. Ist die Gemeinschaftsschule hier hilfreich? Wir wollen dieses gemeinsame Lernen bezogen auf unsere Schüler/-innen und Schulen in Bruchsal geprüft wissen – auch im Verbund mit unseren Nachbargemeinden.

Weiterhin stellen wir den **Antrag**, dass vorhandene Schulgebäude, die durch den Wandel teilweise leer stehen, sinnvoll und kreativ in unsere Schullandschaft eingeplant werden.

Unsere Pestalozzi-Förderschule sollten wir sorgsam zur Förderung von Kindern mit schweren Belastungen/Behinderungen weiterführen.

Als sehr erfreulich sind die aufgestockten Mittel des Landes für die Schulsozialarbeit zu erwähnen.

An dieser Stelle gilt unser Dank unseren Mitarbeiterinnen, die diese Schulsozialarbeit leisten.

Unserer OB sei der Erfolg gegönnt, aus dem IU-Komplex wieder einen Hochschulstandort mit Forschung und direkter Anbindung an die industrielle Praxis gestaltet zu haben. Der jahrelange kostenträchtige Leerstand der IU hat sich in einen sinnvollen Nutzen gewandelt.

Erinnern wollen wir an die landkreiseigenen Berufsschulen und beruflichen Gymnasien. Der Landkreis hat Bruchsal mit seinen landesweit beachteten Bildungsangeboten zu einem wichtigen Standort in B-W wachsen lassen.

Aus gesamt Nordbaden und in besondere Fachklassen sogar aus ganz Baden kommen deren Schülerinnen und Schüler nach Bruchsal.

Wir dürfen sie auf ihrem Schulweg nicht allein lassen. Wer sagt, die Schüler sollen ihren Schulweg selber finden, fördert ein negatives Image über Bruchsal – Wo sind da die Marketingfachleute?

Ich komme auf das Thema nochmals zurück!

-5-

Teilhaushalt 4 - Kultur

Sonntagabend, Bürgerzentrum: Ehrung für Prof. Acker, Konzert mit Ehemaligen des Jugendsinfonieorchesters Bruchsal.

Wer wollte, konnte sehen, hören und erleben, welche Nachhaltigkeit die musikalische Erziehung der Musik- und Kunstschule erreicht.

Einige Orchestermitglieder hatten Anreisewege aus der Schweiz, Frankreich und China auf sich genommen. Erlebte Nachhaltigkeit.

Wir danken an dieser Stelle allen kulturellen Vereinen für ihre ehrenamtliche Arbeit zur Bereicherung des gesellschaftlichen Lebens in Bruchsal.

Teilhaushalt 5 - Soziales

2012 wurden die Kindergärten Käthe-Luther und Paul Gerhardt nach Sanierung und Umbau den Kindern und den Betreibern übergeben.

Das Kinderhaus St. Josef wird jetzt endlich 2013 in Angriff genommen.

Das wird eine Turbobaustelle, weil die Zuschüsse in bestimmten Fristen abgerechnet werden müssen. Aber bitte keine Baumängel wegen Terminarbeit.

Die Kinderbetreuung der AWO ist im Bau und wächst heran.

Trotzdem werden unsere Anstrengungen wohl nicht ausreichen. Die Zahlen für die gesetzliche Betreuungsquote sind 7 Jahre alt. Der Städtetag rechnet mit einem deutlich höheren Bedarf in 2013.

Teilhaushalt 6 - Sport

Die Generalsanierung der Sporthalle Bruchsal wird fortgesetzt. 2,8 Mio Euro sind eingesetzt. Wir wiederholen:

Leider wird die Stadt mit dieser Sanierung keinen einzigen Quadratmeter mehr an Sporthallenfläche gewinnen!

Die einfache Sanierung wäre insgesamt billiger gekommen, und wir hätten dem Neubau einer dringendst benötigten Sporthalle, insbesondere für den Schulsport, wesentlich schneller nahe treten können.

Wir dürfen diese Notwendigkeit bei allen Flächennutzungs- und Bebauungsplänen nicht vergessen.

Wir erinnern, dass wir bei der Überplanung der Bahnstadt West mehrfach auf Ausweisung eines Standortes für eine Sporthalle gedrängt haben. Wir sind bereit, einer Kreditaufnahme für diesen Zweck näher zu treten, um auch diese Bruchsaler Altlast endlich zu beseitigen.

Teilhaushalt 7 - Planen, Bauen, Natur und Umwelt

Wir freuen uns über den Ansatz von 700.000 Euro zur Sanierung des Kinderhauses St. Raphael. Die Gesamtmaßnahme hat jetzt einen sinnvollen Rahmen. Weitere Schritte werden 2014 und 2015 folgen. Die Friedensbrücke im Verlauf der Schnabel-Henning-Straße wird mit einem ersten Ansatz von 580.000 Euro in die Sanierung gehen.

Die Sanierung einiger Straßen ist nicht länger aufschiebbar. Wir wollen hier bei insgesamt 50 Mio. Euro Sanierungsstau im Tiefbau keine Kürzungen vornehmen.

Im investiven Bereich treten wir dafür ein, dass in die Innenstadt, auch mit Sanierungsmitteln, weiter investiert wird. Wir müssen wegen des sich stark verändernden Verbraucherverhaltens – Stichwort: das Internet – die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt weiter verbessern und damit auch das notwendige gastronomische Angebot verstärken. Eine Wohlfühlstadt für alle ist unser Ziel.

Unser neues Einkaufszentrum am Bahnhof wird der Innenstadt in Bruchsal ein neues Gesicht geben. Die Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes steht uns ebenfalls bevor.

Einig sind wir uns, dass das Einkaufszentrum am Bahnhof und die Innenstadt zusammengehören. Sie müssen sich städtebaulich und funktional ergänzen.

Das Einkaufszentrum muss unmittelbar an den Bahnhof und die Innenstadt angebunden werden. Die hierfür bereit zu stellenden Mittel sind aus unserer Sicht gut investiertes Geld.

Die SPD-Fraktion sieht die Notwendigkeit, am Bahnhof mit GVFG-Mitteln ein Parkhaus zu errichten. Eine Option ist für uns nach wie vor die Ansiedlung des Landratsamtes an der Stadtinnenseite: Wir können womöglich für unseren engen Haushalt einen höheren Verkaufspreis für das Prinz-Wilhelm-Straßen-Grundstück bekommen.

Ein Beispiel für jahrzehntelang verschleppte Entscheidungen ist die bisher unterlassene Umsetzung unseres Verkehrsentwicklungsplanes. Sinnloser PKW-Verkehr beherrscht den Stadtraum innerhalb des Innenstadtringes, die Aufenthaltsqualität für Fußgänger/-innen und Radfahrer/-innen ist sehr begrenzt. Eine zeitgemäße Stadtplanung berücksichtigt die Belange dieser Verkehrsteilnehmer angemessener, als das bisher in Bruchsal der Fall ist. Fußgänger, Radfahrer und ÖPNV-Teilnehmer sind immer wichtiger werdende Innenstadtbesucher. Sie sind, anders als MIV-Nutzer, standorttreuer. Entgegen bestehender Vorurteile sind sie potente Käufer in unserem Einzelhandel.

Signifikant für die Verkehrssituation ist, dass der gemeindliche Vollzugsdienst angesichts der städtebaulichen Mängel offenbar eine wahrnehmbare Ordnung nicht herstellen kann.

Ein Hauptgrund hierfür liegt unter anderem in dem nicht funktionierenden Innenstadtring. Diesen Innenstadtring nimmt außer Planern kaum jemand als solchen wahr. Er muss aber, wie der Name schon beschreibt, den gesamten fließenden Verkehr in der Innenstadt aufnehmen. Die Straßen innerhalb des Ringes dürfen nur noch der inneren Erschließung dienen und machen dann mehr und funktionsgerechte Kurzparkplätze verfügbar. Insgesamt würden Besucher/-innen die Innenstadt deutlich besser erreichen.

Die erforderlichen Maßnahmen im Einzelnen sind in unseren Anträgen zum Haushalt dargestellt. Beispielhaft sei die Schließung der Busschleuse am Rendezvous als zentrale Maßnahme genannt. Beraten müssen wir ohnehin über die Sanierung der zerstörten Straßenbeläge im Rendezvousbereich und vor der Wörthstraße. Geld hierfür steht im Haushalt.

Unsere Forderung, die nördliche Friedrichstraße zur Schlosspromenade umzugestalten, ist eine jährlich Übung bei der Haushaltsberatung. Hier hat sich allerdings Wesentliches geändert. Wir haben dort endlich ein Sanierungsgebiet ausgewiesen, und der Bund lässt uns in der Gestaltung und Führung der innerstädtischen B 3 jetzt komplett freie Hand und knebelt uns städtebaulich nicht länger.

Mit dem Thema Wohnen in Bruchsal hat sich der Gemeinderat jetzt schon zwei volle Jahre intensiv beschäftigt und die Bahnstadt-Planungen vorangetrieben. Richtig ist, dass wir unsere Einwohnerzahlen stabilisieren und deshalb Zuzug wollen. Festzustellen ist ferner, dass jetzt schon ein eklatanter Mangel an Mietwohnungen besteht. Das zwingt uns zu raschem Handeln. Nachdem die OGA-Verlagerung Sachstand ist, müssen nunmehr rasch Flächen für innerstädtischen Geschosswohnungsbau bereitgestellt werden. Die SPD-Fraktion hatte hierzu schon umfangreiche Vorschläge unterbreitet. Wir haben uns ursprünglich gegen eine Wohnentwicklung und für eine gewerbliche Entwicklung im Süden der Bahnstadt entschieden. Auch jetzt hat sich die Fraktion nicht einheitlich zu einer Zustimmung durchringen können. Sollte der Beschluss Bestand haben, dürfen wir keine Zeit bei der Erschließung verlieren - oder die von uns genannten Alternativen einplanen und verwirklichen.

Ergebnishaushalt

Noch einige Worte zum konsumptiven Teil des Haushaltes, dem Ergebnishaushalt, früher Verwaltungshaushalt genannt, denn diesen verantwortet im Kern der oder die jeweilige OB. In der Vergangenheit kam starke Kritik an den Personalaufwendungen in der Stadtverwaltung vor allem von CDU und FWV. Jetzt hat sich auch die Kollegin Biedermann im Vorfeld der Haushaltsberatung heftig profiliert und die Personalaufwendungen als viel zu hoch bezeichnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Bürokratie nimmt laufend zu, die Aufgaben der Stadt nehmen zu, die Verwaltung hat in den letzten drei Jahren viel aufgearbeitet, was zu lange liegen geblieben war. Wir sind mehr denn je auf motiviertes, engagiertes und auch jüngeres Personal angewiesen. Das erfordert nicht weniger Mitteleinsatz, sondern leider mehr. Reflexhaft eine Senkung der Personalaufwendungen verlangen kann nur, wer darauf verzichtet, sich vorher ein Bild von den Aufgaben einer Stadt zu machen!

Richtig ist allerdings, dass stringentes Handeln unsere Verwaltungsabläufe verbessert und damit auch weniger Kosten verursacht. Kooperation hat noch keiner Verwaltung geschadet. Soweit sich Akteure betroffen fühlen, ermutigen wir diese, sich künftig stärker einzubinden. Das Schiff Bruchsal ist auf gutem Kurs. Nur gemeinsam erreichen wir das Ziel, das die OB formulierte: *Das Erreichte erhalten - die Zukunft wagen.*

ÖPNV

1. Bus-Verkehre: Nach dem Scheitern der S2-Verlängerung von Spöck über Karlsdorf/Bruchsal/Forst nach Waghäusel sucht der Landkreis nach einer Verbesserung im regionalen Busverkehr. Vor allem die Buslinie 123 aus Karlsruhe, aber auch die Buslinie 125 nach Forst ist hierbei im Visier. Wir beteiligen uns gerne an einer Auslotung dieser Linien im Verbund mit den MAX-Stadtbussen. Es kann aber nicht sein, dass allein die Stadt Bruchsal die finanziellen Folgen zu tragen hat.

2. S-Bahnen/Stadtbahnen:

Der zunehmende Personenverkehr auf den Schienen der Deutschen Bahn AG erfordert eine Verbesserung der Infrastruktur. Problematisch ist hierbei das Auslaufen der GVFG-Mittel im Jahr 2019: Sofern es keine Nachfolgeregelung gibt, fällt die Mitfinanzierung des Bundes ab 2020 komplett weg. Kostenträchtige Projekte sind aber ohne Bundesmittel nicht zu finanzieren. Nach dem neuen Personenbeförderungsgesetz darf zudem vom Ziel einer vollständigen Barrierefreiheit an den Haltepunkten nach einer Übergangsfrist bis 2022 nur noch in begründeten Ausnahmen abgewichen werden.

Es muss uns in diesem Zusammenhang bewusst sein, dass die Stadtbahnen auf DB-Gleisen fahren. Schon heute müssen die Stadtbahnen häufig dem Vorrang der Bahn-Züge Tribut zollen. Und auch wer in Erinnerung hat, wie rigoros die DB-Regionalbahn der AVG die geplante Stadtbahn-Verbindung Bruchsal-Germersheim „weggenommen“ hat, darf bei der demnächst anstehenden Ausschreibung der Strecke Heidelberg-Karlsruhe keineswegs darauf hoffen, dass den Stadtbahnen weiterhin der derzeitige Fahrplan zugestanden wird. Unser Fazit: Nicht nur den Untergrombacher Bahnhof ertüchtigen, sondern für künftige Bedarfe auch und vor allem den Haltepunkt Südstadt ausbauen, der nicht nur 2.000 Schüler/-innen des GBZ, sondern auch und vor allem 5.200 EinwohnerInnen in der Südweststadt als „Kunden“ hat. Zumal der Landkreis eine Vorfinanzierung angeboten hat. Ich erinnere an die Bedeutung der 5200 Ew anlässlich unserer Diskussionen über die Linienführung der S 2.

3. Stadtwerke:

Die ewb sieht sich immer größeren Zwängen ausgesetzt. Die Netzentgelte stehen unter staatlicher Regulierung, und auch die Strompreise, deren weitaus größten Teil Steuern und Abgaben ausmachen, können nicht in dem eigentlich erforderlichen Maße angepasst werden. Es gibt aber auch

Erfreuliches zu vermelden:

-10-

- Die Geothermie ist nunmehr bei der EnBW in guten Händen.
- Die Teilkalkungsanlage im Bruchsaler Wasserwerk wird Mitte 2013 in Betrieb gehen.
- Weitere Bürger-Solaranlagen zur dezentralen Erzeugung umweltfreundlichen Stroms sind geplant.
- Die Umwelt- und Energie-Agentur wird auch in Bruchsal weiterhin kostenlose Energieberatung für alle Bürger/innen anbieten.

Teilhaushalt 9 - Finanzen

Im Jahr 2012 haben wir dank verbesserter Konjunktur den Weg aus dem befürchteten Haushaltsloch gefunden. Das Rechnungsergebnis für 2012 wird weit besser als unsere Haushaltansätze sein. Das kam nicht unerwartet. Der Kämmerer hatte die Ansätze im Haushalt 2012 unterhalb der Möglichkeiten des Haushaltserlasses gewählt und der Gemeinderat dies im verabschiedeten Haushalt übernommen. Grund genug für uns, die diskutierte Rüge des Regierungspräsidiums zurückzuweisen.

Die Zahlen des Kämmerers für 2013 und in der mittelfristigen Finanzplanung sind wieder von großer Vorsicht geprägt, denn er hat die im Haushaltserlass genannten künftigen Steuereinnahmen wiederum nur zum Teil übernommen. Das hat seine Berechtigung, denn Bruchsal ist aufgrund seiner Gewerbesteuerstärke konjunkturrempfindlich. Deshalb dürfen wir für 2013 ff. nicht wieder mit einer solch positiven Entwicklung rechnen.

Es mag jetzt paradox klingen, wenn wir die Auffassung vertreten, im investiven Bereich gerade nicht auf die Bremse zu treten. Nach unserer Auffassung gibt das unnatürlich niedrige Zinsniveau Bruchsal die fast historisch zu nennende Chance, im Wettbewerb der Kommunen weitere Standortvorteile zu generieren, um sich damit auch für die Zeit des zu erwartenden Konjunkturabschwungs regional stark aufzustellen. Diesen Abschwung erwartet auch die Bundesregierung mit der jetzt verabschiedeten ergänzten Kurzarbeiterregelung.

Abschließend geht unser Dank an alle Beschäftigten im Rathaus und in den städtischen Betrieben für ihre Arbeit und Leistung. Wir hoffen, dass bei vergleichsweise sicheren Arbeitsplätzen der Wille zu mehr Effizienz

Wir, die SPD-Fraktion, stimmen dem HH 2013 zu!

E-F Schäfer - Fraktionsvorsitzender SPD

Anträge zum HH 2013

- Neugestaltung des Platzes Durlacher Straße
Nach einem Vorschlag von BM Hockenberger auf eventuelle Streichung der Neugestaltung dieses Platzes beantragen wir einen Sperrvermerk und die Überprüfung der Maßnahme. 300.000 Euro
- Jugendzentrum Südstadt
Wir beantragen einen Sperrvermerk über die 90.000 Euro zur Sanierung des Jugendzentrums. Es soll erst geprüft werden, ob an anderer Stelle in der Südstadt ein Neubau besser und preiswerter entstehen kann. Das bisherige Grundstück steht dann für Wohnungsbau zur Verfügung.
- Feuerwehrhaus
Wir beantragen für 2013 die Suche und Festlegung des Grundstückes eines zukünftigen Feuerwehrhaus in Bruchsal. Das bisherige Grundstück ist für eine Innenstadt zur einer besseren Nutzung geeignet.
- Haltepunkt GBZ
Wir beantragen die Umbenennung des Haltepunktes GBZ in „Südstadt/GBZ“
Die Verlängerung der Bahnsteige zur regelmäßigen Nutzung der S3-Linien ist erneut auf die Tagesordnung zu setzen.
- Mensa am Schönborngymnasium
Diese Mensa wird unter Wert genutzt. Wir fordern am SBG eine Stundenplangestaltung, die eine bessere Nutzung der Mensa durch Schüler/-innen in der Mittagspause ermöglicht. Ein schulisches Ganztagsangebot ist zu prüfen.
- Bieterverfahren bei Wohnungsgrundstücken
Die SPD-Fraktion beantragt eine ausführliche Darlegung des FÜR und WIDER von Grundstücksversteigerungen bzw Bieterverfahren.
Wir halten es für völlig unsozial, wenn die Stadt Wohnbaugrundstücke im Bieterverfahren an den Mann bringen will.
Nach einer ausführlichen Diskussion in den Ausschüssen ist eine Entscheidung im GR herbeizuführen.

- Bürgerzentrum
Die SPD-Fraktion beantragt eine bauliche Überprüfung des Bürgerzentrums. Vor 25 Jahren wurde offensichtlich zu wenig an die demographische Entwicklung gedacht. Wir wollen insbesondere wissen, wie der einzige Innenfahrstuhl für Rollstuhlfahrer/-innen verbessert werden kann.
- Die SPD-Fraktion beantragt die Diskussion unseres Vorschlages zur Verbesserung des Innenstadtringes, der Parksituation und der Erreichbarkeit der Fußgängerzone.
- Die SPD-Fraktion fordert in diesem Zusammenhang zum wiederholten Male die Schließung der Busschleuse in der Luisenstraße für PKW-Verkehre. Den Fußgängern muss endlich mehr Sicherheit gegeben werden.
- Die SPD-Fraktion beantragt die Aufstellung einer Baumschutzverordnung, wie schon in den 80er-Jahren gefordert.
- Die SPD-Fraktion bittet um die Vorlage der aktuellen Pläne zur Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in Heildelshelm und deren Beratung im AUT und GR.
- Die SPD-Fraktion fordert nach dem Motto „gesamtstädtisch denken und handeln“ eine Untersuchung der Ortskerne in Untergrombach und Büchenau hinsichtlich Wohnqualität, Gestaltung und zukünftigen Nutzungen. In Obergrombach, Helmsheim und Heildelshelm ist hier bereits viel Positives geschehen.
- Bahnhofsvorplatz am Hauptbahnhof
Jeder Besucher, jede Besucherin bekommt seit Jahrzehnten einen negativen Eindruck sobald er den Bahnhof verlässt.
Das ist keine Empfangsqualität. Wir fordern, diesen Bahnhofsvorplatz endlich zu gestalten und den Bau eines Parkhauses in die Planung miteinzubeziehen.

SPD-Fraktion

11.12.2012